

„Regieren aus dem Kofferraum“

Die Regierungen in den fünf neuen Bundesländern sind blockiert, weil Amtsstuben, simpelste Bürotechnik und Mitarbeiter fehlen. Das heillose Verwaltungschaos, das

Berater aus dem Westen ordnen helfen sollen, machen sich neue Seilschaften in den Bezirksbehörden zunutze: Die alten Dienststellen arbeiten unangefochten weiter.

Bevor Walter Remmers, 57, Mitte November zur ersten gesamtdeutschen Justizministerkonferenz nach Augsburg reiste, hatte er sich einen Spruch zur Begrüßung zurechtgelegt: „Hallo, da bin ich wieder.“

Mit dem lockeren Schnack meldete sich der einstige niedersächsische Justizminister, jetzt Chef des Rechtsressorts im benachbarten Sachsen-Anhalt, im Kollegenkreis zurück. Remmers über seinen Magdeburger Arbeitsplatz: „Wenn Sie sich hierher begeben, verschwinden Sie in der Versenkung.“

Fürs erste hat der Christdemokrat eine Amtsstube in dem ehemaligen Bezirksverwaltungshaus der Elbestadt bezogen: ein vergilbtes Gebäude mit Lino- leumböden und Preßspan-Schreibtischen. Außer Remmers mußten dort noch sieben andere Landesminister unterschlüpfen – entsprechend eng sind sie zusammengepfercht in dem heruntergekommenen Behördenbau.

Sachbearbeiter und Sekretärinnen sind knapp, die wenigen Telefonleitungen funktionieren schlecht. Regiert wird, berichtet der Chef der Magdeburger Staatskanzlei, Karl Gerhold, „aus dem Kofferraum“.



Künftige Parlamentsräume in Magdeburg: „Da verschwinden Sie ...“



... in der Versenkung“: SPD-Quartiermacher in Magdeburg

Oft klappt noch nicht mal die Kommunikation untereinander: Als Ministerpräsident Gerd Gies (CDU) seine Kollegen zur ersten Kabinettsitzung rief, dauerte es eine ganze Weile, bis die Runde komplett war.

Einige Ressortchefs hatten die künftige Staatskanzlei angefahren, das gründerzeitliche Palais am Fürstenwall. Dort fanden sie jedoch nur ein paar Firmenschilder westdeutscher Unternehmen vor; die hatten sich noch kurz vor der Regierungsbildung eingemietet. Landesvater Gies wartete derweil schmolend im Magdeburger Rathaus.

Weil die Firmen das mit Seidentapissereien ausgeschlagene Preußenpalais erst räumen wollen, wenn ihnen gleichwertiger, in Magdeburg freilich nicht beschaffbarer Büroraum zur Verfügung ge-

FRAMENWORK



H A N D M A D E B I C Y C L E S
Framework GmbH. High Tech auf Rädern; zukunftsweisende Alu-Rahmenteknik. Innovativ, stilsicher im Design. Im guten Fachhandel. D-7252 Weil der Stadt 2, Postfach 1150, A-5440 Golling, Temmel HG, CH-9040 St. Gallen, Komenda AG

DEUTSCHLAND



Erfurter Minister Jentsch, Dienstwagen: „Nur Papier und Radiergummi“

stellt wird, regiert der Landeschef noch immer direkt von der CDU-Zentrale aus. Seine Ministerkollegen kann er oft nicht erreichen, weil sie wegen Renovierungsarbeiten immer mal wieder die Amtszimmer wechseln müssen.

Für den Magdeburger Wanderzirkus will Gies jetzt die SPD-geführte Landeshauptstadt haftbar machen. Der Ministerpräsident lasse prüfen, „inwiefern die Landesregierung rechtliche Schritte gegen die Stadt unternehmen kann“, verkündete sein Sprecher Michael Gentsch. „Dieser ganze Hickhack“ sei nämlich „der Regierungsarbeit nicht sehr dienlich“.

Das ist in den anderen vier Neubundesländern nicht viel anders. Allerorten fehlen Amtsstuben und Sitzungsräume, mangelt es an Büromaterial, Kommunikationsgerät und qualifiziertem Personal.

So fand der thüringische Justizminister Hans-Joachim Jentsch (CDU) beim Amtsantritt in Erfurt auf seinem Schreibtisch nur einen „Block Papier und ein Radiergummi“ vor. Was sonst noch so nötig war für den reibungslosen Bürobetrieb, sogar „Klopapier und Handtücher“, habe er, berichtet der frühere Wiesbadener Oberbürgermeister, mit „unkonventionellen Methoden“ selbst organisiert.

Auf diese Weise war Jentsch – ungewöhnlicher Luxus im neuen Amt – auch zu einem komfortablen Dienstwagen samt Fahrer gekommen. Den Chauffeur zog Jentsch vom Bezirksgericht ab, das Auto war ein Zufallstreffer. Beiläufig hatte der Minister erfahren, daß die Erfurter Bezirksbehörde, noch kurz vor ihrer zum Jahresende geplanten Auflösung, zehn brandneue Opel Omega be-

stellt hatte. Jentsch: „Da habe ich mir einen unter den Nagel gerissen.“

In Dresden können sich die meisten Ressortchefs nicht mal auf ein ordentliches Sekretariat verlassen – Kultus- und Innenminister schreiben ihre Diktat-Entwürfe mit der Hand vor. In Magdeburg sind die Telefonverbindungen im Parlaments- und Regierungsapparat so schlecht, daß der Landtagspräsident während der Sitzungen, die in wechselnde Räume einberufen werden, einen fahrenden Boten schickt, wenn er seine Mitarbeiter sprechen will.

Ferngespräche mit einer Bundesdienststelle in Bonn sind von Magdeburg aus überhaupt nicht möglich: „Ich wähle 0049 für Westdeutschland, und dann ist immer besetzt“, berichtet Klaus Grille, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium.

Während die Ministerien in den neuen Regierungszentralen vorrangig mit sich selbst befaßt sind, versinken die Steuerbehörden und Liegenschaftsämter in einer Flut unerledigter Arbeit. Staatsanwälte und Amtsrichter stapeln ohnmächtig die Anträge von Zehntausenden Opfern des SED-Regimes aufeinander, die bei Gericht ihre Rehabilitation erstreiten wollen. Landräte und Gemeindechefs fahnden erfolglos nach Landesdienststellen, wo sie die vom Bund versprochenen Gelder für Kanalarbeiten und Straßenausbesserung abrufen können.

Einzig die alten 15 Bezirksverwaltungen, Relikte aus den zentralistischen SED-Kommandostrukturen, arbeiten unerschrocken weiter. Viele dieser Behörden, die nach Bildung der neuen Länder eigentlich längst zerschlagen sein sollten, sind von alten Plansoziali-

TRANS ATLANTIK

Das Kulturmagazin

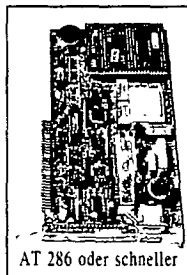
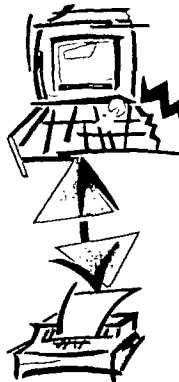
Erscheint monatlich.
Erhältlich im Bahnhofsbuchhandel und bei ausgewählten Zeitschriftenhändlern.

Das schenkt der Weihnachtsmann sich selbst.

Faxen aus dem PC spart Zeit. Das Weihnachtsgeschenk für's ganze Jahr. Ab 799,-.

FAXY MINI

verbindet die technischen Möglichkeiten von Fax und PC. Einfach Steckkarte in den PC einsetzen. Mit Telefon verbinden - Zubehör ist im Preis enthalten. Das schafft sogar der Weihnachtsmann. Und direkt aus dem PC - aus praktisch jedem Text- und Grafikprogramm, wie WORD, WORDPERFECT faxen. Mit 9.600 Bit pro Sekunde. Also märchenhaft schnell. Und postzugelassen. Mit integriertem Telefonbuch und automatischem Rundsenden an bis zu 1.024 Empfänger. Für viele verschiedene Faxe an verschiedene Empfänger. Auch zeitversetzt, während der Weihnachtsmann schon längst Feierabend hat. Auslieferungsstart innerhalb von 24 Stunden. Kostenlose Installationsberatung über Telefon-Hotline. Geld-Zurück-Garantie bei Rückgabe auch ohne Begründung - bis 10. 01. 1991. Zwei Jahre Vollgarantie. Wer mit seinem PC auch Faxe empfangen will, bestellt FAXY JUNIOR. Für 998,- DM.



AT 286 oder schneller

Ja, ich bestelle ___ mal FAXY MINI à 799,- DM*

Ja, ich bestelle ___ mal FAXY JUNIOR à 998,- DM*

Firma _____

Per Scheck

Name _____

Per Nachnahme

Straße _____

Schicken Sie mir Ihren Gesamtkatalog

PLZ / Ort _____

Unterschrift _____



* Preise zzgl. 19,- DM Versandkosten

Sie garantieren: FAXY ist innerhalb von ein paar Tagen bei mir. Ich habe Rückgaberecht bis 10.1.91 und bekomme mein Geld zurück.
An: ProSoft GmbH · Weihnachtsfax 1 · Bogenstr. 51-53 · 5400 Koblenz · Goldgrube · Tel.: 026114047-1 · Fax: 026114047-252
An: ProSoft Köln · Weihnachtsfax 1 · Am Vorgebirgstor, 11 · 5000 Köln 51 · Tel.: 02211369018 · Fax: 02211362424
An: ProSoft München · Weihnachtsfax 1 · Theresienstr. 56 · 8000 München 2 · Tel.: 0891285014 · Fax: 0891281139

sten durchsetzt und führen ein schwer durchschaubares Eigenleben. Doch ohne die alte Bezirksbürokratie würde im Osten derzeit „gar nichts laufen“, berichtet ein Verwaltungsfachmann.

Vor einem „Verwaltungsnotstand“ in Deutschland-Ost warnte Ende November der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU). Die Landeskabinette kommen mit ihren Versuchen, geregelte Abläufe zu schaffen, kaum voran, weil immer neue Hindernisse zu überwinden sind - etwa beim Streit über ungeklärte Eigentumsverhältnisse.

So kämpfte im brandenburgischen Potsdam der Parlamentspräsident wochenlang gegen die Deutsche Bundespost. Während die Landtagsabgeordneten im ehemaligen Bezirksverwaltungsgebäude auf engstem Raum debattieren mußten, hatten sich die Postler in der früheren SED-Bezirksleitung breitgemacht, die als Parlamentssitz vorgesehen war. Ein erstes Ersatzangebot der Landesregierung lehnten die Beamten rundweg ab.

Erst nachdem das Land eine komfortable Kaserne aufgetan hatte, erklärten sich die Postler bereit, den Prunkbau auf dem Potsdamer Brauhausberg bald zu räumen. Nun gilt es nur noch, den Bundesfinanzminister zum Verzicht zu überreden.

Der hatte nämlich in den Archiven geforscht und die einstige Königliche Kriegsschule als „ehemaliges Eigentum des Deutschen Reiches“ erkannt. Folglich sei der Bau jetzt Bundeseigentum, schlossen die Beamten: „Eine Verfügung über die vorbezeichnete Liegenschaft“, so teilten sie der SPD-geführten Potsdamer Landesregierung in trockenstem Amtsdeutsch mit, sei daher „nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesministers der Finanzen möglich“.

In der alten Preußen-Metropole Potsdam, die so günstig vor den Toren Berlins gelegen ist, haben sich die Bonner Bundesvermögensverwalter mittlerweile eine ganze Reihe wertvoller Immobilien gesichert. „Selbst wenn wir Geld hätten zum Investieren“, sagt Jürgen Linde, der Chef der Potsdamer Staatskanzlei, „wir wüßten nicht, auf welchen Grundstücken.“

Während die Brandenburger Abgeordneten demnächst ihr neues Quartier beziehen können, wird der sächsische Landtag wohl bald vorübergehend obdachlos: Ein Mietvertrag mit der Dresdener Dreikönigskirche, in der die Volksvertreter derzeit tagen, läuft zum Jahresende aus. Wo die Sachsen-Parlamentarier debattieren sollen, bis Ersatz geschaffen wird, ist noch unklar.

In Erfurt haben die Abgeordneten gar eine landesweite Ausschreibung initiiert, um ein Domizil für den Landtag zu finden. Das als Parlamentssitz anvisierte

„Haus der Gewerkschaften“ in der thüringischen Landeshauptstadt ist vom Deutschen Gewerkschaftsbund belegt. Der will das stattliche Gebäude partout nicht mehr hergeben.

Prompt meldeten sich die Nachbarstädte mit konkurrierenden Offerten. Die alte Fürstenresidenz Weimar bot ein ausgedientes Kino als Plenarsaal an; der Landesvater selber, lockten die Weimarer, könne ja einen Flügel im Schloß beziehen. Die Wissenschaftsstadt Jena schlug ihre ehemalige Arbeiter-und-Bauern-Fakultät als künftigen Landtagssitz vor. So ist, ganz nebenbei, der längst überwunden geglaubte Hauptstadtstreit in Thüringen wieder voll entbrannt.

Einzig im Norden haben die Volksvertreter ein fürstliches Domizil. Um Streitigkeiten über den Sitz der Landesregierung schon im vorhinein für sich zu entscheiden, hatten in Mecklenburg-Vorpommern die Stadtväter von Schwerin bereits vor Monaten Renovierungstrupps in ihr Märchenschloß am Burgsee geschickt. Das Kalkül ging auf: Als die Abgeordneten Ende Oktober im Schweriner Schloß saßen und über die Frage des Regierungssitzes zu entscheiden hatten, votierten sie prompt für das nordische Neuschwanstein.

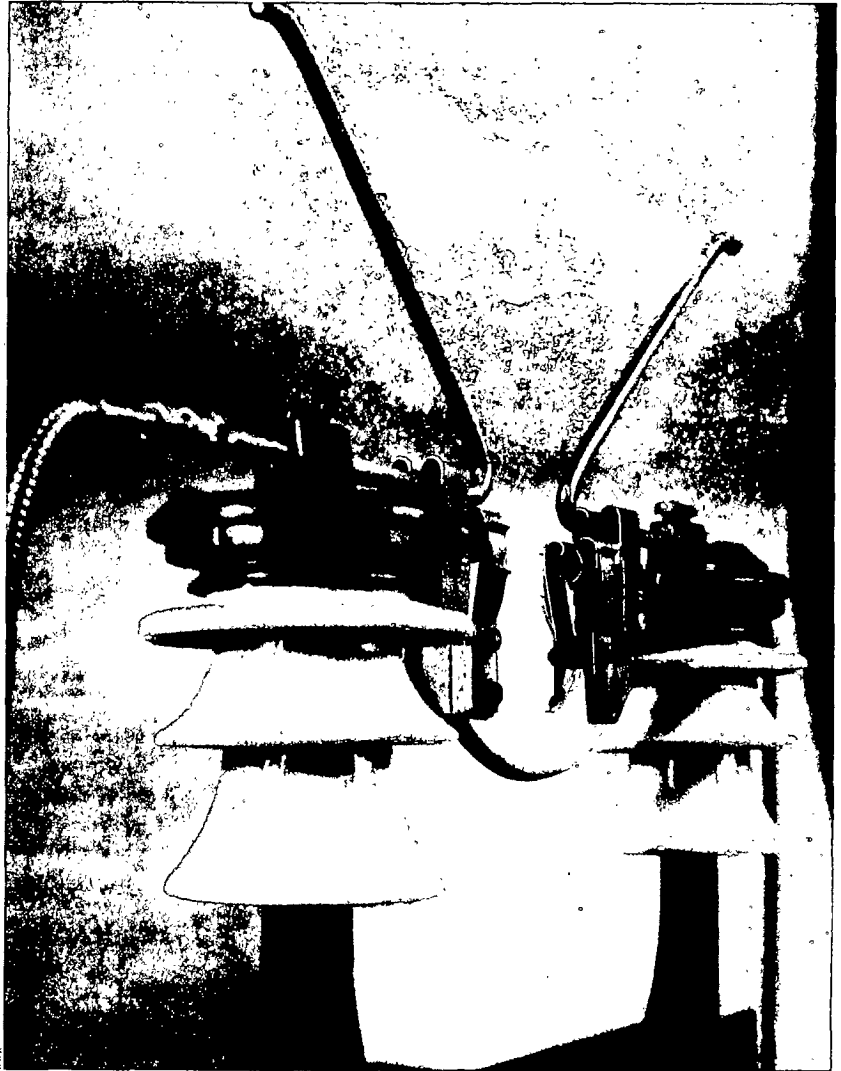
Auch die Ministerien sind in Schwerin vergleichsweise luxuriös untergebracht. Vom herzoglichen Marstall bis zum Arsenal – die Stadtoberen hatten jede Menge Prunkbauten für die neue Landesadministration freigeräumt: alles in allem 30 000 Quadratmeter Bürofläche mit 2250 Dienstzimmern und 45 Beratungsräumen.

Noch wissen die Mecklenburger gar nicht, wie sie all die fürstlichen Amtsstuben belegen sollen. Von den etwa 2100 Mitarbeitern der alten Bezirksverwaltungen in Rostock, Neubrandenburg und Schwerin seien allenfalls „fünf Prozent“ für den Landesdienst geeignet, berichtet der Mecklenburger Innenminister Georg Diederich (CDU). Wo die anderen Aspiranten für die Verwaltung herkommen sollen, ist ungewiß.

Diederich hatte im November erst 13 von künftig etwa 380 Bediensteten eingestellt. Sein Kollege aus dem Wirtschaftsressort, Conrad-Michael Lehment (FDP), konnte immerhin 20 Mitarbeitern erste Arbeitsaufträge erteilen – später sollen es mal knapp 200 sein.

Weil die Mecklenburger um Hilfe baten, haben einige Altländer, voran Schleswig-Holstein, rund 100 West-Berater nach Schwerin entsandt. Das Neubundesland braucht noch mehr Verstärkung: „Möglichst viel, möglichst gut, möglichst lange und möglichst kostenlos“, beschreibt Diederich die Wünsche nach westlichen Helfern, die bei den Ost-Beamten schon einen Spitznamen weghaben: „Besserwessis“. Doch der

PSI automatisiert Energieleittechnik.



Die Abbildung zeigt eine Photographie von Sasha Stone: „Hochspannungs-Isolatoren“, ca. 1926. Berlinische Galerie, Photographische Sammlung.

Die Leittechnik hat zentrale Bedeutung für die Sicherung und Optimierung der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Öl und Wasser. PSI entwickelt hierfür zukunftsweisende Konzepte, realisiert die komplette Software, liefert die erforderliche Schulung und garantiert eine langfristige Betreuung.

Mit 500 Mitarbeitern ist PSI eines der führenden Unternehmen im Bereich der Automatisierung von technischen und organisatorischen Prozessen.

PSI Gesellschaft für Prozeßsteuerungs- und Informationssysteme mbH: Berlin, Aschaffenburg, Velbert und Alphen/NL, Baden/A. Wenn Sie mehr über uns wissen möchten, dann schreiben Sie bitte an: PSI, Kurfürstendamm 67, 1000 Berlin 15.



Für die Zukunft PSI.



Regierungschef Biedenkopf, Dienstvilla: „Welfremde Regelung“

Kieler Regierungschef Björn Engholm (SPD) dämpft die hochgesteckten Erwartungen neuerdings – er könne nicht ganze Ministeriumsbereiche „leerfegen“.

Auch der Magdeburger Minister Remmers bekam bei einem Gespräch mit seiner Nachfolgerin in Niedersachsen, der SPD-Politikerin Heidi Altmeyer, die Grenzen nachbarschaftlicher Hilfsbereitschaft zu spüren. Sie könne doch nicht, machte die West-Kollegin deutlich, den ganzen Personalbedarf der sachsen-anhaltinischen Justiz durch Abordnungen aus Niedersachsen decken.

Hingegen hatte Remmers appelliert, Sachsen-Anhalt brauche „unwahrscheinlich viele Helfer“. Allein in den Liegenschaftsämtern des Landes stapeln sich rund 40 000 Anzeigen auf Besitzansprüche, in Sachsen haben die Behörden sogar schon 230 000 Anträge auf Rückgabe enteigneter Grundstücke erhalten. Wie in Dresden gammeln die Unterlagen auch in Magdeburg unbearbeitet vor sich hin. Remmers: „Ich bräuchte 500 Rechtspfleger dafür, und ich habe keinen einzigen.“

Mit den Richtern und Staatsanwälten ist es kaum anders. Dreimal mehr Juristen werden in Sachsen-Anhalt benötigt, doch die amtierenden 140 Ermittler und 250 Rechtsprecher sind noch nicht mal auf kommunistisches Vorleben und künftige Amtstauglichkeit überprüft. Remmers hat keine

Ahnung, „was da überbleibt“. Auch die Besetzung der Richterwahlschüsse, von denen die Kollegen durchleuchtet werden sollen, ist schwierig. Remmers: „Ich kriege keine unbelasteten Leute zusammen und also auch keine Richter – da können Sie sich mein Elend vorstellen.“

Dringenden Bedarf hat der Justizminister zudem an Arbeitsrichtern aus dem Westen angemeldet. Ob im alten Industriedreieck Halle-Bitterfeld-Merseburg oder im Mansfelder Bergmannsrevier – in Sachsen-Anhalt werden jeden Tag Tausende von Arbeitskräften auf die Straße gesetzt. Wer sich zum Beispiel auf Kündigungsschutz oder Sozialpläne beruft, hat vor Gericht derzeit kaum eine Chance – es mangelt an Arbeitsrichtern. Gern würde der Justizchef für Rechtssicherheit sorgen, aber, so sagt er inzwischen de-

primiert: „Ich muß ja für jeden Mann betteln gehen.“

West-Beamte, die sich nach Ost-Deutschland abordnen lassen, bekommen aus einem 50-Millionen-Mark-Fonds des Bundes einen kleinen Gehaltszuschlag überwiesen. Das Sockelsalär der Pionierbeamten muß die jeweilige Heimatbehörde bezahlen. Deshalb werden die westdeutschen Dienststellen immer knauseriger bei der Entsendung von Mitarbeitern.

Ganz nach drüben bewerben mögen sich die Beamten aber auch nicht – die Gehaltsunterschiede sind zu groß. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf etwa verdient gerade soviel wie der Bürgermeister einer 3000-Einwohner-Gemeinde im Westen: 6500 Mark. Das ist ungefähr ein Drittel des Salärs, das ein westdeutscher Ministerpräsident, etwa der Hesse Walter Wallmann (CDU), jeden Monat bezieht (rund 20 000 Mark).

Das Zweiklassenrecht bei der Besoldung hatte das Bonner Innenministerium erwirkt. Danach sind die Ost-Bediensteten, vom Ressortchef bis zu den Referenten, generell um eine Gehaltsstufe schlechter gestellt als ihre Kollegen im Westen, und sie bekommen nur 35 Prozent des Verdienstes in ihrer jeweiligen Besoldungsgruppe ausgezahlt.

Biedenkopf, der neben seinem Dresdner Mini-Salär noch Pensionsgelder aus dem Westen bezieht, hält die Regelung für äußerst „welfremd“. Es sei „hoffnungslos“, für derart niedrige Gehälter gute Leute zu bekommen.

Biedenkopf will in Bonn durchsetzen, daß die Ostländer wenigstens 55 Prozent eines westdeutschen Beamtengehaltes zahlen dürfen. Sein Thüringer Kollege Josef Duchač kündigte für diese Woche eine Bundesratsinitiative an. Außerdem haben die ostdeutschen Länderchefs vereinbart, die Bonner Besoldungsrichtlinie verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen.

Mit etwas mehr Gehalt, so ihre Hoffnung, könnten immerhin jüngere Westbeamte für den Pionierdienst im Osten gewonnen werden. Denn die vielen einheimischen Bewerber sind, stellten die neuen Amtschefs von Schwerin bis Dresden fest, oft nicht nur schlecht ausgebildet, sondern auch überbelastet.

„Zwei Drittel aller Kandidaten“, klagt etwa der CDU-Fraktionsvorsitzende im Mecklenburger Landtag, Eckhardt Rehberg, „sind Altgenossen.“ Amtliche Prüfer, die in Schwerin die Vergan-



Notvermittlung in Magdeburg: „0049 ist immer besetzt“

heit aller Bewerber durchleuchten sollen, staunen über die „Unverfrorenheit“, mit der sich selbst Stasi-Offiziere wieder für den Staatsdienst melden. „Es ist nicht zu glauben“, berichtet ein Prüfer, „wen man da alles wiederfindet.“

Vor allem Bewerber aus den alten Bezirksverwaltungen werden vielerorts von eigens gegründeten Untersuchungsausschüssen auf ihre Vergangenheit hin abgeklopft. In Erfurt läßt der christdemokratische Landeschef Duchac Fragebögen ausfüllen, in denen die Kandidaten „nach bestem Wissen und Gewissen“ mitteilen müssen, ob sie beispielsweise einmal „Funktionsträger einer Betriebskampfgruppe“ waren.

Doch diese Untersuchungsverfahren sind langwierig und, wie Kritiker meinen, nicht besonders erfolgreich. So rutschten in der Schweriner Landtagsverwaltung schon allerlei Altgenossen durch. Auch in Erfurt, behaupten Vertreter der Bürgerbewegung, sei es „fast wieder ein Hindernis, wenn man nicht in der SED war“.

Tatsächlich hat die Landesregierung dort eine Reihe von Mitarbeitern verpflichtet, die einst führende Bedienstete der alten Bezirksverwaltung waren. Der damalige Verantwortliche für Umweltschutz und Wasserwirtschaft beispielsweise, Heimo Zänker, hielt die Meßdaten für Luft- und Wasserverschmutzung zu SED-Zeiten stets streng unter Verschuß, zudem ist er als „Ansprechpartner“ in einer Stasi-Liste verzeichnet – jetzt soll er Referatsleiter im Erfurter

Umweltministerium werden. In dem heillosen Wirrwarr, der vielerorts herrscht, sind die alten Kämpen aus den Bezirksverwaltungen oft die einzige Stütze für die neuen Ministerialen. „Vorläufig“, so berichtet etwa der Magdeburger Regierungssprecher Gentsch, würden deshalb in Sachsen-Anhalt die alten Strukturen beibehalten.

Auch in Brandenburg hat sich Manfred Stolpe (SPD) vorerst für die überkommenen Dienststellen in Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder entschieden. Sie würden erst aufgelöst, so der Ministerpräsident, „wenn klar ist, was danach kommt“.

Das kann dauern. Denn die Landesregierung in Brandenburg ist noch unschlüssig, ob sie mit einer Gebietsreform aus den 44 Kreisen im Lande ein Dutzend handliche Verwaltungseinheiten schneidet oder die Bezirksverwaltungen in drei Regierungspräsidien nach nordrhein-westfälischem Vorbild umwandelt.

In Erfurt wie in Magdeburg sind die Politstrategen mit der Landesorganisation nicht viel weiter. In Sachsen hat das Kabinett Biedenkopf bereits entschieden, die alten Verwaltungen in Leipzig, Chemnitz und Dresden vorerst weiterbestehen zu lassen. So wursteln die Bezirksbehörden als letzte Festungen des alten Regimes unangefochten weiter – immer unwahrscheinlicher wird, daß sie überhaupt aufgelöst werden.

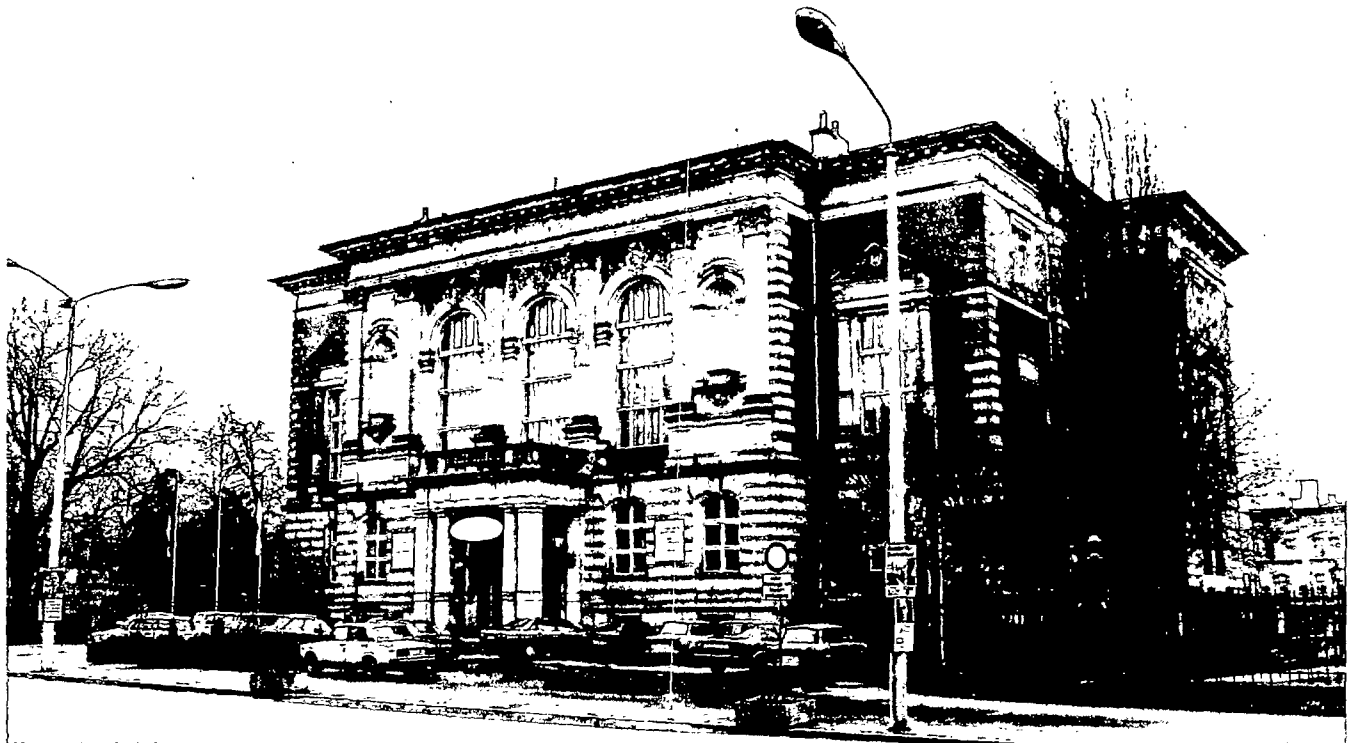
Dabei gehen in einigen Häusern merkwürdige Dinge vor. So brauchte

ein Brief, der an den neuen Erfurter Minister für Umweltschutz, Hartmut Sieckmann, adressiert und beim Pförtner der dortigen Bezirksverwaltung abgegeben worden war, fünf Tage, bis er endlich auf dem Schreibtisch des Ressortchefs landete – nur aus Schlampererei?

In einem entlegenen Trakt des Gebäudes ist eine Amtsstube, in der angeblich Sozialfälle unter ehemaligen Stasi-Mitarbeitern behandelt werden, stets mit einem Schnappschloß verriegelt. Die Bediensteten im Zimmer 312, die nach Einschätzung des Erfurter Stasi-Auflösers Matthias Büchner früher selbst bei der Staatssicherheit waren, öffnen nur auf Klingelzeichen. Was sie genau treiben, weiß nicht mal der Ministerpräsident.

Auch die Dienststelle der Bezirksbehörde, bei der Justizminister Jentsch seinen Opel Omega gekapert hat, handelt nach eigenwilligen Gesetzen. Kürzlich veräußerte sie noch große Teile ihres Wagenparks, obwohl die neue Verwaltung dringend Autos benötigt. An wen, warum und für welchen Preis die Wagen verkauft wurden, kann der Chef der Erfurter Staatskanzlei, Michael Krapp, nicht sagen, „weil das nicht über den Tisch der Regierung ging“.

Der Staatssekretär „will niemandem etwas Böses unterstellen“. Aber das Eigenleben der Behörde gibt ihm schon zu denken: „Normal wäre der Vorfall eine Staatsaktion, dazu fehlt uns aber jetzt die Kraft.“



Künftige Magdeburger Staatskanzlei: „Es ist nicht zu glauben, wen man da alles wiederfindet“